

10.10.2022

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ramelow,

am Rande der Weimarer Salons lernten wir uns kennen, sodass ich mich auch im Namen meines Kollegen, mit der Bitte um einen dringenden Termin an Sie wende, um über die Missstände in der Pflegebranche zu sprechen.

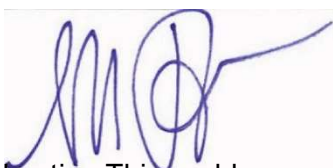
Wir als langjährige Branchenexperten, welche aktiv an der Basis arbeiten und darüber hinaus mit etlichen Mitbewerbern berufspolitisch vernetzt sind, sehen die Pflege kurz vor der Implosion. Das Gute ist, es kann gegensteuert werden, wenn schnell gehandelt wird und die Probleme mit Sachverstand angegangen werden. Da wir Sie in der Vergangenheit stets als sehr besonnen agierenden und mit der Basis verhafteten Politiker kennengelernt haben, wollen wir hierzu mit Ihnen ins Gespräch kommen. Die vordergründigsten Themen sind aus unserer Sicht:

1. Die Finanzierung der Pflege führt beinahe alle Bewohner künftig in die Sozialhilfe, hier muss aus folgenden Gründen Abhilfe geschaffen werden:
 - a. Die Lebensarbeitsleistung der Betroffenen wird nicht mehr gewürdigt
 - b. Der Investitionskostendeckel führt zu Einrichtungssterben sowie Neubau- und Sanierungsstillstand in der Altenpflege o Seit Jahren werden in den Verhandlungen zur Refinanzierung der betriebsnotwendigen Investitionskosten (quasi die Kaltmiete der Bewohner) Deckelungen der Sozialhilfeträger vorgenommen. Trotz eines plausiblen Nachweises der tatsächlich vorhandenen Kosten, wird der betriebsnotwendige Investitionskostensatz durch den Sozialhilfeträger wissentlich unterschritten und der Einrichtung eine kostendeckende Vergütung verwehrt
 - c. Die Deckelung der Investitionskostenerstattung für Sozialhilfeempfänger verhindert weiterhin betriebsnotwendige Investitionen in die Immobilien und Ausstattung, so dass es zu einer Überalterung der Sozialimmobilien kommen wird und Betreiber insolvent gehen werden
2. Die Maßnahmen der Bundespolitik gehen aktuell an der Realität vorbei. Die Anforderungen an die Betreiber steigen immer weiter (was gut ist), aber das Leistungsrecht wird nicht angepasst
 - a. Folge: alle Mehrkosten landen derzeit ausschließlich im Eigenanteil und somit beim Bewohner selbst
3. Personalleasing: es muss ein Verbot für Personalleasing in der Pflege erlassen werden, da hier ein Markt entstanden ist, der auf Kosten der Sozialversicherung Stundensätze von zum Teil über 200 EUR pro Stunde produziert, während die Refinanzierung nur bis zur Höhe von SV-Pflichtig Beschäftigten anerkannt wird. Das gesamte Marktgefüge gerät aus den Fugen, da neben den Kosten auch die Qualität des Fremdpersonals keine adäquate Bezugspflege gewährleisten kann.

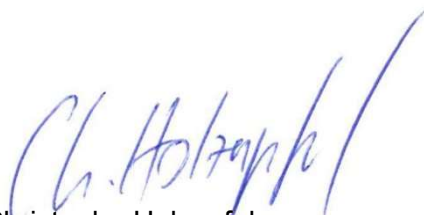
Dies sind die wichtigsten Punkte, über die wir dringend mit Ihnen ins Gespräch kommen müssen, um gemeinsam den Kollaps der Altenhilfe in Deutschland zu verhindern.

Vielen Dank für das Angebot eines zeitnahen Termins von 2 Stunden Länge.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Thieswald
DVLAB Landesvorstand Thüringen



Christophe Holzappel
DVLAB Landesvorstand Sachsen